
Aktueller Begriff Europa

Die Prioritäten der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft 2024

Knapp einen Monat nach der Wahl zum Europäischen Parlament (EP) hat Ungarn zum 1. Juli 2024 die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union (EU) übernommen. Nach Spanien und Belgien beschließt Ungarn die gegenwärtige 18-monatige Trio-Präsidentschaft im Rahmen des [Achtzehnmontatsprogramms des Rates](#). Der Beginn des ungarischen Ratsvorsitzes wird von der Neujustierung der [Strategischen Agenda des Europäischen Rates \(ER\) 2024-2029](#) begleitet, die die Prioritäten der EU und ihre strategische Ausrichtung für den neuen institutionellen Zyklus enthält.

In seinem [Präsidentschaftsprogramm](#) verweist Ungarn auf außergewöhnliche Herausforderungen für die EU und spannt den Bogen vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine über ein ökonomisches Zurückfallen der EU hinter ihre globalen Wettbewerber bis hin zu den Folgen des Klimawandels. Darüber hinaus werde die zweite Jahreshälfte 2024 von dem **Beginn des neuen politischen Zyklus der EU-Institutionen** geprägt. Ungarn wolle sowohl diese Herausforderungen als auch den Übergang durch Kontinuität im Rat der EU annehmen und bewältigen und hierbei die Rolle des Ratsvorsitzes als ehrlicher Makler in Zusammenarbeit mit dem neuen EP und der neuen Europäischen Kommission (KOM) ausfüllen.

Einen Schatten auf die Ratspräsidentschaft warfen bereits zu Beginn die **diplomatischen Alleingänge** des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Er traf in selbsternannter „Friedensmission“ u.a. mit den Präsidenten Russlands und Chinas zusammen und widersprach dem Eindruck nicht, die EU zu repräsentieren. Die Treffen fanden ohne Abstimmung mit den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten statt. In Reaktion auf die Reisen haben die KOM und einige Mitgliedstaaten angekündigt, an informellen Ratstagungen, die traditionell im Land des Ratsvorsitzes abgehalten werden, nur mit Vertretern auf Arbeitsebene und nicht auf politischer Ebene teilzunehmen. Auch verzichtet das KOM-Kollegium auf den üblichen Antrittsbesuch in Budapest.

Unter dem **umstrittenen Präsidentschaftsmotto „Make Europe great again“** setzt Ungarn in seinem **Präsidentschaftsprogramm insgesamt sieben Schwerpunkte**. Signifikante legislative Akzentsetzungen dürften erst gegen Jahresende zu erwarten sein, nachdem das EP das Kollegium der KOM bestätigt hat.

An der Spitze der Prioritäten der ungarischen Ratspräsidentschaft steht die Verabschiedung eines neuen **europäischen Deals für Wettbewerbsfähigkeit**. Das Ziel der Verbesserung der EU-Wettbewerbsfähigkeit soll in alle Politikbereiche integriert und in einem ganzheitlichen Ansatz verfolgt werden. Mit dem neuen Deal für Wettbewerbsfähigkeit solle eine positive Wirtschaftsentwicklung in der EU wiederhergestellt und die für nachhaltiges Wachstum notwendigen Bedingungen geschaffen werden. Er solle zur Vertiefung des Binnenmarktes beitragen und sich auf die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen fokussieren, den grünen und digitalen Wandel in Partnerschaft mit der europäischen Wirtschaft und den Bürgern fördern sowie nachhaltige Arbeitsplatzsicherheit gewährleisten. Dafür plant der Ratsvorsitz erste Schritte zur Umsetzung der Schlussfolgerungen des Rates zum sog. [Letta-Bericht zur Stärkung des Binnenmarktes](#) und will eine aktive Rolle in der Diskussion und Weiterverfolgung des sog. Draghi-Berichts zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU einnehmen, dessen Vorlage nach der Sommerpause erwartet wird.

In seinem zweiten Programmschwerpunkt, der **Stärkung der Europäischen Verteidigungspolitik**, unterstreicht der Ratsvorsitz unter Verweis auf die anhaltenden und neuen Konflikte in Europa und der Welt die Notwendigkeit einer deutlichen Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten der EU, ihrer Reaktionsfähigkeit und ihrer Kapazitäten im internationalen Krisenmanagement. Der Vorsitz will die **Umsetzung des Strategischen Kompasses** mit seinen Vorgaben für die weitere Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fortführen. Besonderes Augenmerk lege er auf die **Stärkung der europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis**. Unter seiner Leitung soll die Position des Rates zum [Verordnungsentwurf für das Programm für die EU-Verteidigungsindustrie \(EDIP\)](#) verhandelt werden, den die KOM im März 2024 mit einer neuen europäischen [Industriestrategie für den Verteidigungsbereich](#) vorgelegt hatte.

Zu seiner dritten Priorität, einer **kohärenten und leistungsorientierten Erweiterungspolitik**, fordert der Ratsvorsitz unter Verweis auf die Erfolgsgeschichte der Erweiterung der Union, dieses Momentum zu bewahren und die Leistungsorientierung, Ausgewogenheit und Glaubwürdigkeit des Erweiterungsprozesses zu sichern. Den **Fokus** richtet er **auf die Staaten des westlichen Balkans**. Deren Beitrittsperspektive trage dem ökonomischen, sicherheitspolitischen und geopolitischen Zugewinn Rechnung, den der EU-Beitritt dieser Länder für die Union bedeute. Ungarn plant einen EU-Westbalkan-Gipfel und Regierungskonferenzen mit den Beitrittskandidaten der Region. Der Beitrittsprozess mit der Ukraine und Moldau findet im Präsidentschaftsprogramm Ungarns keinerlei Erwähnung.

Unter seinem vierten Schwerpunkt, der **Eindämmung illegaler Migration**, konstatiert der Ratsvorsitz einen seit Jahren anhaltenden Migrationsdruck auf die EU, der für die einzelnen Mitgliedstaaten enorme Belastungen auslöse, insbesondere an der EU-Außengrenze. Um diesen zu reduzieren, bedürfe es wirksamer, auch kurzfristiger Instrumente sowie einer noch engeren Zusammenarbeit mit den EU-Anrainerstaaten und den wichtigsten Herkunfts- und Transitländern. Ungarn strebe eine **effiziente Kooperation mit relevanten Drittstaaten**, eine effektivere Rückführung und innovative Lösungen für die Asylregeln an, um die illegale Migration und den Menschensmuggel einzudämmen.

Mit seiner fünften Priorität, der **Gestaltung der Zukunft der Europäischen Kohäsionspolitik**, wirft der Vorsitz ein Schlaglicht auf die Schlüsselrolle, die eine gut strukturierte und ausgewogene Kohäsionspolitik für die Verringerung regionaler Disparitäten und die Sicherung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der Union spiele. Er kündigt eine **strategische Debatte des ER über die Zukunft der Kohäsionspolitik** an. Darüber hinaus plant Ungarn die Annahme von Ratschlussfolgerungen zur Untersuchung des Einflusses der Kohäsionspolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit der Union, den Arbeitsmarkt und die Bewältigung der demografischen Herausforderungen.

Unter dem Titel einer **auf die Bauern orientierten EU-Agrarpolitik** stellt der ungarische Vorsitz in seiner sechsten Priorität eine erhebliche Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft fest, die die Existenz der europäischen Landwirte bedrohe. Auf Grundlage der Ergebnisse des im August 2024 abzuschließenden [Strategischen Dialogs der KOM zur Zukunft des EU-Agrar- und Lebensmittelsektors](#) plant der Ratsvorsitz die Annahme von Ratschlussfolgerungen zur EU-Agrarpolitik für die Zeit nach 2027. Deren Regelwerk solle auf die Schaffung einer wettbewerbsfähigen, krisenfesten und bauernfreundlichen Landwirtschaft ausgerichtet werden.

Die siebte Priorität betrifft die **Bewältigung demografischer Herausforderungen**. Sie widmet sich der beschleunigten Alterung der europäischen Gesellschaften, nicht nachhaltigen Sozialsystemen und dem Arbeitskräftemangel. Der Vorsitz möchte diese Herausforderungen in verschiedenen Ratsformationen thematisieren, darunter im Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) zu den fiskalischen Herausforderungen, die sich aus diesen Entwicklungen ergeben, und im Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels.

Den [nächsten Vorsitz im Rat der EU](#) wird Polen zum 1. Januar 2025 übernehmen.